



Information nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Standesamt

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:	Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:
Gemeinde Wildpoldsried	actago GmbH
Kemptener Straße 2	Straubinger Straße 7
87499 Wildpoldsried	94405 Landau
Telefon: +49 8304 92050	Telefon: +49 9951 99990-20
E-Mail: info@wildpoldsried.de	E-Mail: datenschutz@actago.de
Renate Deniffel	
Stand: Januar 2023	

Zwecke der Datenverarbeitung:

- Bearbeitung standesamtlicher Aufgaben und Ausführung des Personenstandsgesetztes (PStG) wie z. B. Beurkundung und Fortführung von Personenstandsfällen (u. a. Geburt, Eheschließung, Umwandlung Lebenspartnerschaft, Sterbefall), sowie Erstellung von Personenstands- und Sicherungsregistern. Mitwirkung bei der Schließung von Ehen. Erstbekundung sowie Fortführung (d. h. Ergänzung durch Folgebeurkundungen und Hinweisen) von Personenstandseinträgen. Der Personenstand umfasst Daten über Geburt, Eheschließung und Tod sowie damit in Verbindung stehende familien- und namensrechtliche Tatsachen.
- Information der Öffentlichkeit über die Geburt eines Kindes bzw. über die Eheschließung im Rahmen einer Einwilligung.

Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung:

- Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO i. V. m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG.
- Personenstandsgesetz, Personenstandsverordnung, Gesetz zur Ausführung des Personenstandsgesetzes, internationale Regelungen, Namensänderungsgesetz.
- Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG), Aufenthaltsgesetz (AufenthG), Freizügigkeitsgesetz (FreizügG/EU).
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).

Quelle der Daten, wenn sie nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden:

Andere Standesämter und Behörden im Rahmen des Amtshilfeverfahrens. Übermittelt werden die Daten, die für den jeweiligen Sachverhalt erforderlich sind.

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten:

- Bedienstete/Organisationseinheiten innerhalb der Gemeindeverwaltung, die in den Bearbeitungsprozess einbezogen sind
- Mitteilungen an ein anderes Standesamt, Meldebehörden, Standesamt 1 in Berlin, das Landesamt für Statistik, das zentrale Testamentsregister, Ausländerbehörden, Gesundheitsbehörden, Familiengericht bei entsprechender Personenstandsänderung, Kirchenbuchführer zur Aktualisierung der Kirchenbücher, Konsulat zur Erfüllung konsularischer Aufgaben, Jugendamt zur Erfüllung der Aufgaben des Jugendamtes, Vormundschaftsgericht zur Erfüllung der Aufgaben des Vormundschaftsgerichtes, Amtsgericht zur Erfüllung von Aufgaben des Amtsgerichts, Finanzamt zur Aktualisierung der Daten, Auskunftsersuchende § 62 PStG
- Öffentlichkeit bei Veröffentlichung in der Allgäuer Zeitung und im Gemeindeblatt im Rahmen einer Einwilligung

Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation:

Es findet keine Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen statt.

Speicherdauer der Daten, bzw. die Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer:

- Elektronisches Personenstandsregister und Sicherungsregister: dauerhaft nach § 7 Abs. 1 PStG.
- Geburtenregister: 110 Jahre. Ehe- und Lebenspartnerschaftsregister: 80 Jahre. Sterberegister: 30 Jahre.
- Personenstands- und Sicherungsregister sowie Sammelakten sind nach diesen Fristen nach den jeweiligen archivrechtlichen Vorschriften den zuständigen öffentlichen Archiven zur Übernahme anzubieten (§ 7 Abs. 3 PStG).





Information zu Betroffenenrechten - nach der DSGVO stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DSGVO).
- Recht auf Berichtigung bei unrichtigen personenbezogenen Daten (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.
- Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, Postfach 22 12 19, 80502 München, Telefon: +49 89 212672-0 oder E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de.

Widerrufsrecht bei Einwilligung:

Wenn Sie in die Datenerhebung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Pflicht zur Bereitstellung der Daten:

Diese Verpflichtung ergibt sich aus den oben genannten Rechtsgrundlagen. Ohne Bereitstellung kann die Kommune Ihr Anliegen nicht ausführen.